



Material zur Vorbereitung

Ein gewisses Basiswissen über die Klimakrise und Demokratie sollten die Schüler*innen natürlich haben, bevor sie die Ausstellung besuchen. Deswegen **findest du hier:**

- **Links** zu Basiswissen rund um die Klimakrise.
- **Links** zu spannenden Artikeln über Demokratie und wie sie mit Nachhaltigkeit bzw. der Klimakrise zusammenhängt.
- eine **Zusammenfassung** der wichtigsten demokratiepolitischen Aspekte auch bezogen auf Nachhaltigkeit & Klima.



Links & Quellen

Demokratie

- **Hauptquelle für dieses Überblicksdokument:**
Tamara Ehs: Verteidigung der Demokratie. Ein Essay über die Versuchungen der Autokratie und die Versprechen der Demokratie.
- Nachhaltigkeit und Demokratie - wie hängt das zusammen?
- Wie können wir unsere Demokratie weiterentwickeln? – Demokratie und Gesellschaft | IPG Journal
- Podcast: eingSCHENKt: Angriff auf die Demokratie mit Sieglinde Rosenberger
- Stiftung Gesunde Erde Gesunde Menschen Medienservice Klima & Gesundheit
- Was bedeutet Zivilgesellschaft? – Bedeutung.info

Klimakrise

- Klimaschulen - Materialien für den Unterricht
- Schulressourcen – Teachers For Future Austria
- Studyflix – Treibhauseffekt
- WDR Maus Infografik Treibhauseffekt
- Land schafft Leben. Bildung und Unterrichtsmaterial, Hintergrundwissen und Podcast.



Grundlegende Informationen zu Demokratie

Merkmale von Demokratie

Wahlen:

Ja, aber auch in Autokratien gibt es Wahlen, die kaum Alternativen zur herrschenden Partei zulassen und bei denen die Opposition schwer unter Druck gesetzt wird (*Russland, Türkei, Ungarn...*). Es braucht auch Werte, Prinzipien und Normen.

Rechte:

- Grund- und Freiheitsrechte
- Menschenrechte, z. B. freie Meinung
- Minderheitenrechte
- ...

Gleichheit:

- politisch – jede Stimme zählt gleich viel
- soziale Gleichheit
- ...

Politische Teilhaberechte

Toleranz

Kontrolle:

- Gewaltenteilung = Trennung von Gesetzgebung, Verwaltung und unabhängigen Gerichten
- kontrollieren sich gegenseitig = Checks & Balance

Rechtssicherheit

Politische Opposition und parlamentarische Rechte für die Opposition

Freiheit der Medien

Eine freie, starke **Zivilgesellschaft**

Ausschluss von Gewalt und Willkürherrschaft

Menschenrechte und Freiheitsrechte sind Rechte zum Schutz vor dem Staat. Gleichzeitig muss der Staat diese Rechte schützen. Wenn man das durchdenkt, merkt man, wie **fragil** die Demokratie ist. Dieser Schutz gewährt den Bürger*innen **selbstbestimmte Freiheit**, aber **mit Verantwortung** gegenüber den Mitmenschen.

*„Frei in der Gesellschaft, nicht von der Gesellschaft.“
(Georg W. F. Hegel 1820)*

Freiheitsrechte können eingeschränkt werden, wenn für die Sicherheit der Gesellschaft erforderlich (z. B. *Coronapandemie*).

Demokratie in Gefahr

Demokratie fußt auf dem Glauben, dass gut regiert wird und man im Alltag von den Ergebnissen demokratischer Herrschaft profitiert. (Veith Selk)

D. h. die Demokratie hängt auch von der **Akzeptanz ihrer Bürger*innen ab.**

Mangelhaftes Wissen über die diffizilen Voraussetzungen der Demokratie und ihre Funktionsweise wird oft populistisch ausgebeutet.

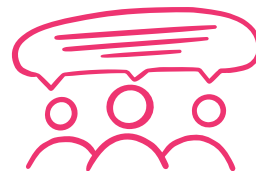
Inzwischen sind extremistische Einstellungen und Misstrauen gegen die Institutionen der repräsentativen Demokratie bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen. (Studie des Innenministeriums 2023)

Zur Verteidigung der Demokratie sind nicht nur Gesetzgeber, Verwaltung und Gericht aufgerufen, sondern auch die organisierte Zivilgesellschaft und letztlich jede Bürgerin und jeder Bürger. Sie muss darauf abzielen, **freie, faire Wahlen** zu erhalten **UND alle Voraussetzungen dazu.**

Die **wehrhafte Demokratie** kann und darf sich vor ihren Feinden schützen. Sie gewährleistet Freiheiten, aber **nicht die Freiheit, sie abzuschaffen.**

Die Demokratie **lebt vom Kompromiss**, von Pluralismus, von verschiedenen Meinungen und Anschauungen. **Einen einheitlichen Volkswillen gibt es nicht.**

Politische Gegner sind keine Feinde.



Warum sind viele Menschen von der Demokratie enttäuscht?

Die Demokratie konnte ihr Versprechen von Freiheit und Gleichheit für viele Menschen nicht einhalten, verschärft durch die Krisen und Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichheit in den letzten Jahren.

Mangelnde Repräsentation: Nur 19 % der Menschen im unteren Einkommensdrittel fühlen sich im Parlament gut vertreten. Viele nehmen daher ihr Wahlrecht gar nicht wahr. Der autoritäre Populismus setzt hier an, da die Kritik einen wahren Kern hat (Arme werden ärmer, Reiche immer reicher).

Wo müssen wir beim Schutz der Demokratie ansetzen?

Demokratie braucht, um zu funktionieren, Zeit für alle ihre basalen Prozesse – fehlt die Zeit, erodieren die Verfahren.

Diese basalen Prozesse sind:

- Information
- Partizipation
- Repräsentation
- Entscheidung

Diskussion über die **Kompetenzen** (*Machtfülle*) des **Bundespräsidenten**.

Ausreichende **Ressourcenausstattung** des **Parlaments**, der **Justiz**, und jener **Ämter**, die die Demokratie schützen, um ihre Leistungsfähigkeit zu gewährleisten.

Transparente Besetzung der Justiz und anderer unabhängiger Institutionen.

Kampf gegen Korruption – sie ist ein Angriff auf das Gerechtigkeits- und Gleichheitsversprechen der Demokratie. Das betrifft besonders das weite Feld der Freunderlwirtschaft und des Postenschachers. Im Korruptionsranking ist Österreich abgestürzt ([Korruptionsranking: Österreich auf historischem Tiefpunkt - news.ORF.at](#)).

Stärkung der Resilienz der **Medien** – ihnen gelten oft die ersten Angriffe der Autokraten. Bezüglich der Medienfreiheit ist Österreich einer der schlechtesten Staaten in der EU

([RSF Rangliste der Pressefreiheit 2025.pdf](#)).

Demokratische Bildung mit Fokus auf **Medienkompetenz**, um **Quellen kritisch zu bewerten und Propaganda zu erkennen**.

Förderung journalistischer Qualität und unabhängiger Forschungseinrichtungen.

Desinformationskampagnen (*Fake News*) muss durch transparente, faktenbasierte Kommunikation entschieden begegnet werden.

Weitere **Rahmenbedingungen** zur Demokratieverteidigung:

- Wohlstand
- Sicherheit
- hohe Werte bei vertikaler und horizontaler Gleichheit
- niedrige Werte bei politischer Polarisierung

Um diese Rahmenbedingungen zu gewährleisten, muss die demokratische Regierung ständig liefern, ansonsten erodiert das demokratische System.

3 Resilienzfaktoren helfen den Entscheidungsträger*innen:

- Die Zukunft verstehen
- Probleme lösen
- Fair entscheiden

Ist mehr direkte Demokratie die Antwort?

Umstritten. Rechtsautoritäre wollen so den demokratischen Prozess auf Wahlen und den Moment des Referendums reduzieren. **Mittels Volksbefragung regieren bedeutet Wahlkampf in Permanenz und befördert eine ressentimentgeladene Politik nach Gemütslage.**

(Ressentiment = komplexes Gefühl aus einer Mischung von Neid, Missgunst und Ohnmacht, oft, wenn Menschen sich ungerecht behandelt fühlen).

Der für die Demokratie so wichtige Deliberationsprozess (= *Beratschlagung*) kommt zu kurz. David Runciman von der Universität Oxford nennt dies „*Zombiedemokratie*“.

Grundsätzlich spricht aber nichts gegen mehr direktdemokratische Instrumente, wenn sie antipopulistisch gestaltet sind, z. B.

- **Präreferendum:**

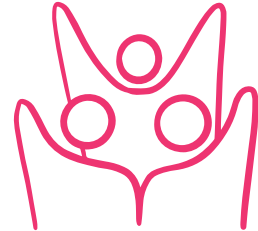
keine Abstimmung zwischen JA und NEIN, sondern eine Liste von Vorschlägen, die gereicht werden können.

- **Bürgerräte:**

Mitglieder nach Losverfahren ausgewählt, daher Chancengleichheit. Auch jene werden Beteiligte, die sich sonst zurückhalten, zum Unterschied von Bürgerinitiativen. Bürgerräte sind eine Ergänzung zu Wahlen, kein Ersatz. Ihre Ideen und Schlussfolgerungen sind ein Ratschlag für die gewählten Organe. Menschen unterschiedlichster Weltanschauungen, Lebensrealitäten und Lebensziele kommen zusammen. Im besten Fall entsteht „*soziales Brückenkapital*“.

- **Ostbelgienmodell:**

Seit 2019 Permanenter Bürgerrat im Parlament. Nach Los 18 Monate Politiker*innen auf Zeit. Alle 6 Monate 1/3 ausgetauscht, daher ist Fluktuation von Menschen und Ideen garantiert.



Behebung der Repräsentationsdefizite

Der soziale Status (*bes. Einkommen und Bildung*) entscheidet zunehmend über Partizipation und Partizipationsmöglichkeiten. Wir steuern auf eine „2/3-Demokratie“ zu, verschärft durch steigende ökonomische Ungleichheit, ein restriktives Einbürgerungsrecht und die Bindung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft.

Das Repräsentationsdefizit des untersten sozioökonomischen Drittels zu beheben, ist ein Kernelement der Verteidigung der Demokratie. Die Demokratiezufriedenheit hängt davon ab. (*Siehe Österr. Demokratiemonitor*)

- **Erleichterung der Einbürgerung** und des administrativen Einbürgerungsprozesses.
- Die bereits **wahlberechtigte Bevölkerung im Parlament besser abbilden:**
 - Frauen, unter 40-Jährige, Arbeiter*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sind im österr. Nationalrat unterrepräsentiert,
 - Unternehmer*innen und Landwirt*innen gut bzw. überrepräsentiert.
 - Jugendliche gar nicht (*Zukunft?*)

Es kommt darauf an, wer im Parlament sitzt. Soziale Herkunft und Beruf beeinflussen den Blick auf die Welt, öffnen oder verstellen den Blick auf soziale Probleme. Es liegt an den Parteien, die Rekrutierung ihres Personals repräsentativer zu gestalten!

- Journalist*innen sollten nach der Listenerstellung vor Wahlen besonderes Augenmerk auf sozioökonomische Ausgewogenheit legen.

- Listenplätze für Vertreter*innen des unteren Einkommensdrittels reservieren? (*ähnlich wie Frauenquote*)
- Weg vom quantitativen unverbindlichen Ausbau der Bürgerbeteiligung bei Planungsprojekten („**Particitainment**“) hin zu substanziellem Diskurs! Die Inflationierung nachhaltig wirkungsloser Teilhabe-Verfahren kann Politik- und Planungsverdrossenheit fördern. Abgesehen von durch Losverfahren bestimmten Bürgerräten kommt es dabei wieder zu einer starken **Verzerrung zugunsten der ressourcenstärkeren Teile der Bevölkerung.**
- **Die Älteren haben politisches Übergewicht.** Trotz Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre in Ö. kamen bei der NRW 2024 die unter 35-Jährigen nur auf gut $\frac{1}{4}$ der Wahlberechtigten, die über 55-Jährigen auf die Hälfte. Zusätzlich sind viele Junge vom Wahlrecht ausgeschlossen, in Wien 39 % der 16- bis 24-Jährigen und 45 % der 25- bis 44-Jährigen. Die politischen **Wünsche der jungen Menschen haben daher weniger Chancen auf Umsetzung als die der Älteren.** Junge wählen anders: 2024 Freiheitliche mit großem Abstand auf Platz 1, die Bierpartei und die KPÖ hätten den Einzug ins Parlament geschafft.
- Zahlreiche **Ideen zu diesem Repräsentationsdefizit:**
 - weitere Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre?
 - Familienwahlrecht, Wahlrecht von Geburt an, Eltern ein Stellvertreterwahlrecht für ihre Kinder geben.
 - Wahlobergrenze wie bei der Papstwahl (*Obere Altersgrenze von 80 Jahren*)
 - Wählerstimmen nach Lebenserwartung gewichten – Mehr Zukunft, mehr Mitbestimmungsrecht



Demokratiebildung

Lebenslanges Lernen, auch für Verantwortungsträger*innen in der Politik, Justiz und Verwaltung, Medien und Zivilgesellschaft. Besonders zu folgenden Aspekten:

- **Fundamental** hinsichtlich der **Stellung des Faktors Mehrheit**. Einer der **populärsten Irrtümer** ist der Glaube, das Mehrheitsprinzip sei das Wesen der Demokratie. Aber laut der Österr. Verfassung geht es in unserer Demokratie neben der Mehrheit ebenso um Minderheitenrechte, Verhältnismäßigkeit, gegenseitige Verantwortung. Die Anerkennung der Opposition und der Kompromiss machen ihr Wesen aus!
- Das politische System ist träge, es **nimmt sich Zeit**. Dies nicht als Störfaktor, sondern **als Schutzmaßnahme zu verstehen**, ist ebenfalls Teil der Demokratiebildung.
- Neben kognitivem auch **soziales Lernen und Wissen über gesellschaftliche Dynamiken** vermitteln, um zu verstehen, **warum die Demokratie für manche Menschen weniger gut funktioniert**.
- Die Demokratie muss **streitfähig** sein, die Zweifel und Enttäuschungen aufnehmen und zufriedenstellend beantworten.
- Wissen über wünschenswerte **Demokratiereformen** und **Widerstandstaktiken** gegen Autokratisierung lehren.

Stärkung und Schutz der Zivilgesellschaft

Autokratien lehnen unabhängige Organisationen ab, weil diese den Menschen die Möglichkeit geben, ihr Leben selbst zu bestimmen und unabhängiges Denken und Handeln, neue Ideen und gesellschaftliche Zusammenarbeit fördern.

Im Kommunismus und in der NS-Zeit wurden unabhängige Gruppen und Vereinigungen zerschlagen und parteikonform neu aufgestellt. Apathie wurde als Mittel der Herrschaft eingesetzt.

Die Zivilgesellschaft mit ihren Vereinigungen, ihrer künstlerischen Freiheit und der individuellen Freiheit ist heute weltweit wieder in Gefahr.

Politiker*innen sind oder wollen an die Macht, die zivilgesellschaftliche Vereinigungen wieder als Bedrohung wahrnehmen, auch in Europa. In Ungarn wurden bereits viele verboten, in der EU und auch in Österreich gibt es Bestrebungen, die finanzielle Unterstützung der Organisationen zu beschneiden und damit zu schwächen.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist essenziell für das Funktionieren der Demokratie.



Vaclav Havel:

Fantasie und Kreativität können Angst und Kontrolle besiegen.

*Zivilgesellschaftliches Engagement kann Apathie
und Angst überwinden.*

Demokratie – Nachhaltigkeit – Klima

Nachhaltigkeit & Demokratie – wie hängen die Positivbeispiele der Ausstellung mit Demokratie zusammen?

Es geht hier um Teilhabe und damit um Selbstermächtigung. Die Positivbeispiele in der Ausstellung sind entstanden, weil Bürgermeister*innen und engagierte Bürger*innen versucht haben, ihre Ideen zu verwirklichen. Dazu braucht es viele Gespräche und Diskussionen untereinander und auch mit Nachbargemeinden, Energieversorgern uvm., Kompromisse und manchmal mutige Entscheidungen => Das ist praktizierte Demokratie!

UN-Resolution 29. 03. 2023: **Recht auf Zugang zu einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt als ein Menschenrecht anerkannt.** Nicht bindend, daher nicht einklagbar, aber politische Wirkung. Fast alle Staaten haben der Resolution zugestimmt und sind aufgerufen, entsprechende Gesetze zu erlassen.

Sind **Demokratien zu schwerfällig**, um der Klimakrise adäquat zu begegnen? **Brauchen wir eine Ökodiktatur?** Es gibt dafür Befürworter*innen, die Gegenargumente überwiegen jedoch:

- Es gibt **unterschiedliche Wege**, die Gesellschaft nachhaltig zu organisieren und die Wirtschaft und Energie entsprechend auszurichten – nicht die eine, perfekte Lösung.
- Wichtig ist es, **alle mitzunehmen**, denn es braucht **Akzeptanz** in der Bevölkerung und die Bereitschaft zum Handeln.
- Es braucht unterschiedliche Ideen, um die **komplexen Probleme** zu lösen – einen **Ideenpool und Diskurs über Interessen**. Eine, wenn auch starke Persönlichkeit oder auch eine ganze Gruppe können das nicht leisten. Diese Erfordernisse liegen im Wesen der Demokratie.
- **Gebote und Verbote** sind trotzdem möglich, denn eine Anpassung unserer Lebensgewohnheiten ist keine Ökodiktatur.
- Mitunter sind **Kurskorrekturen** nötig. Diese ist nur im Rahmen demokratischer Verfahren und Aushandlungsprozesse möglich. Hier ist Transparenz wichtig. Sie nimmt die Menschen in Entscheidungsprozessen ernst.

Wie weit darf Klima- und Umweltprotest gehen?

Die Unzufriedenheit über die Klimapolitik hat **radikalere Gruppierungen wie „*Extinction Rebellion*“ oder „*Die letzte Generation*“** auf den Plan gerufen. Sie nutzen das Instrument des „**zivilen Ungehorsams**“, also des politisch motivierten, beabsichtigten Gesetzesbruchs, etwa in Form von Straßenblockaden oder der Besetzung von Gebäuden, um ihrem Protest mehr Nachdruck zu verleihen.

Ist das gerechtfertigt? Pro und Contra: siehe

<https://www.lpb-bw.de/nachhaltigkeit-demokratie?kontrast=0&cHash=17c8ac74e53fc6d2d82179a84ed4b104>

